



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer (CDU)

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 82 / Oktober 2009

Liebe Leserin, lieber Leser,

in der Oktober-Plenarwoche befassten wir uns u.a. mit der Kontrolle des Schengen-Systems, der Errichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes, den für Dezember geplanten Klimaverhandlungen in Kopenhagen, dem Haushalt 2010 und der Unterstützung für ehemalige Mitarbeiter des Nokia-Werks Bochum.

Außerdem gab der Parlamentspräsident Jerzy Buzek die russische Menschenrechtsorganisation "Memorial" als diesjährigen Sacharow-Preisträger bekannt. Die Verleihung des Sacharow-Preises für geistige Freiheit ist für den 16. Dezember dieses Jahres geplant. Das Europäische Parlament verleiht den Preis seit 1988 jährlich an Persönlichkeiten, die gegen Intoleranz, Fanatismus und Unterdrückung kämpfen.

EU - sicher ohne Grenzkontrollen?

An die Reisefreiheit ohne Grenzkontrollen innerhalb der EU, die uns das Schengen-Abkommen bietet, haben wir uns längst gewöhnt. Diese Reisefreiheit erfordert aber gleichzeitig eine Stärkung der EU-Außengrenzen: Die Sicherheit des Schengen-Raums hängt von der Strenge und Wirksamkeit der nationalen Kontrollen der EU-Mitgliedstaaten an den gemeinsamen Außengrenzen ab. Die Mitgliedstaaten müssen also gegenseitig darauf vertrauen können, dass die Begleitmaßnahmen, die die Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen den

Mitgliedstaaten gefahrlos erlauben, von allen in vollem Umfang angewendet werden.

Nun hat die EU-Kommission vorgeschlagen, dass ihr allein die Zuständigkeit für die ordnungsgemäße Anwendung der Schengen-Vorschriften in allen Mitgliedstaaten übertragen werden soll, weil dies einfacher, effektiver und transparenter sei. Nach Einschätzung des Europäischen Parlaments ist dieses Ansinnen aber problematisch, denn bei dieser Vorgehensweise wäre es mit dem Datenschutz nicht besonders gut bestellt. Allerdings gehört dieser Politikbereich zu den wenigen, in denen das Parlament bislang noch keine Mitentscheidungsrechte, sondern nur beratende Funktion hat. Daher lehnten nun alle Fraktionen unseres Hauses in seltener Einigkeit die Kommissionsvorschläge ab und forderten die Vorlage neuer Vorschläge, sobald der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt. Dann nämlich ist das Parlament auch in dieser Frage Mitgesetzgeber neben dem EU-Ministerrat.

Gemeinsame Außenpolitik

Der Lissabonn-Vertrag wird zur Einrichtung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) führen. Das Personal dieses EAD setzt sich dann aus Beamten des Rates, der Kommission und der Mitgliedstaaten zusammen und untersteht dem Hohen Vertreter der EU für auswärtige Angelegenheiten. Wir EU-Abgeordnete fordern die Angliederung des EAD an die Europäische Kommission, da er so auch der Kontrolle des Europäischen Parlamentes unterliegt. Wir wollen

verhindern, dass eine völlig unabhängige Mammut-Behörde entsteht, deren Haushalt und Aktivitäten niemand kontrolliert!

Prima Klima?

Das hinlänglich bekannte Kyoto-Protokoll zur Reduzierung des Ausstoßes von schädlichen Treibhausgasen läuft im Jahr 2012 aus. Daher soll im Dezember in Kopenhagen ein Nachfolgeabkommen verhandelt werden.

Um die Erderwärmung langfristig auf zwei Grad begrenzen zu können, müssen die Entwicklungsländer in die Aktivitäten gegen den Klimawandel einbezogen werden. Natürlich brauchen diese Länder dann mehr Finanzhilfen aus dem EU-Haushalt. Nach Berechnungen der Europäischen Kommission werden Entwicklungsländer bis zum Jahr 2020 rund 100 Milliarden Euro zur Senkung ihrer Treibhausgasemissionen und zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels benötigen. Bevor aber über konkrete Geldsummen gesprochen werden kann, muss erst einmal feststehen, wofür die Gelder konkret eingesetzt werden sollen.

Dies gilt auch für die EU selbst: Es ist zwar unumstritten, dass alle Mitgliedstaaten und Wirtschaftssparten einen Beitrag zum Klimaschutz leisten müssen. Allerdings darf das nicht dazu führen, dass unsere europäische Industrie im Weltmarkt wettbewerbsunfähig wird, denn dann fehlte endgültig das Geld für Umweltschutzmassnahmen. Hysterischer Aktionismus ist also unangebracht!

Haushalt 2010

In erster Lesung befasste sich das Europäische Parlament mit dem EU-Haushalt 2010. Vorrangig wollen wir die Versorgungssicherheit mit Energie durch einen gezielten Ausbau von Energiequellen und Transportrouten verstärken. Mehr Geld soll auch dem Schutz der Außengrenzen, dem Zivilschutz und dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus zugute kommen. Da in jedem Haushaltsjahr Finanzmittel übrig bleiben, weil die EU-Mitgliedstaaten sie nicht anfor-

dern, soll der Landwirtschaft, insbesondere den Milchbauern, mit zusätzlichen EU-Geldern geholfen werden. Künftig können letztere auf einen neuen Milchfonds zurückgreifen, der 300 Millionen Euro umfasst.

Hilfe für ehemalige "Nokianer"

Das finnische Telekommunikationsunternehmen Nokia verlagerte im Februar 2008 einen Teil seiner Arbeitsplätze nach Rumänien. 1337 Mitarbeiter des Bochumer Nokia-Werks hatten infolgedessen ihre Arbeit verloren. Die deutschen Behörden stellten daraufhin im Januar 2009 einen Antrag auf EU-Hilfen aus dem Globalisierungsfonds. Mit diesem Fonds soll Arbeitnehmern, die in Folge von Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland arbeitslos geworden sind, die Rückkehr ins Erwerbsleben erleichtert werden.

Nach monatelanger Prüfung genehmigte die EU-Kommission im Grundsatz die Freigabe der beantragten Mittel. Das Europäische Parlament, das die Haushaltshoheit über das EU-Budget ausübt, beschloss nun die Bereitstellung von fast 5,6 Millionen Euro aus dem EU-Globalisierungsfonds für die entlassenen Mitarbeiter des Nokia-Werks. Das Geld wird bei uns zuhause für Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen eingesetzt. Nach dem europäischen Prinzip der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten hilft die EU also auch Deutschland in schwierigen Zeiten.

Bis zum nächsten Straßburgbrief im November grüßt Sie herzlich

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: renate.sommer@europarl.europa.eu

www.renate-sommer.de